
ERKLÄRUNG VON BARCELONA ZU ZEITPOLITIKEN

In der Erkenntnis, dass Zeit eine politische Frage ist und dass sie als ein Recht aller Bürger begriffen werden kann; dass sie sowohl von öffentlichen als auch von privaten Organisationen geregelt wird; dass die Bedeutung und die potenziellen Vorteile der städtischen und regionalen Zeitpolitiken bereits vom [Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarats](#) auf seiner Sitzung im Oktober 2010 anerkannt wurden;

in dem Nachweis, dass das Recht auf Zeit derzeit ungleich unter den Bürgern verteilt ist und dass Zeitarmut in ihren verschiedenen Formen **in allen Ländern und Regionen existiert**, wie von der [Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa \(UNECE\)](#) anerkannt;

in der Erkenntnis der Notwendigkeit, auf ein neues Gleichgewicht der Zeitnutzung und eine neue Verteilung der Betreuungsaufgaben hinzuarbeiten, um **die globale Zeitarmut zu verringern – ein Phänomen, von dem Frauen unverhältnismäßig stark betroffen sind** und das die ungleiche Belastung unbezahlter häuslicher und bezahlter Arbeit widerspiegelt, die sie tragen. Laut einem Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) aus dem Jahr 2018 leisten Frauen weltweit 76,2 % aller unbezahlten Arbeitsstunden, verglichen mit 23,8 % von Männern. Dieses Ungleichgewicht schränkt die Zeit, die Frauen für die Teilnahme an Bildungs-, Arbeits- und Freizeitaktivitäten zur Verfügung steht, erheblich ein. Die Vereinten Nationen (UN) haben in ihrem Bericht über die Gleichstellung der Geschlechter aus dem Jahr 2020 hervorgehoben, dass der mangelnde Zugang zu Kinderbetreuungsdiensten und die geschlechtsspezifische Voreingenommenheit bei den häuslichen Pflichten Schlüsselfaktoren sind, die diese Ungleichheit aufrechterhalten. Die Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL) wies in ihrem Bericht von 2019 ebenfalls darauf hin, dass Zeitarmut eng mit wirtschaftlicher Armut verbunden ist, da die Überlastung mit Haushalts- und Betreuungsaufgaben Frauen daran hindert, Zugang zu hochwertigen Arbeitsplätzen zu erhalten und uneingeschränkt am wirtschaftlichen und sozialen Leben teilzuhaben;

in der Annahme, dass die Nutzung von Zeit und die soziale Zeitorganisation die Gesundheit der Menschen durch die Störung ihrer zirkadianen Rhythmen direkt beeinflussen, mit denen mehrere Gesundheitsprobleme in Verbindung gebracht wurden, wie z. B. Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes, Übergewicht und psychische Gesundheitsprobleme, die mit [dem Nobelpreis für Physiologie oder Medizin 2017](#) anerkannt wurden;

in Anbetracht dessen, dass die Zeitorganisation die Nachhaltigkeit positiv beeinflussen und unseren kollektiven CO2-Fußabdruck verringern kann, indem sie

eine nachhaltige Mobilität durch die [Gestaltung von Nahversorgungsdiensten fördert](#), wie z. B. die Idee der 15-Minuten-Städte, die von verschiedenen Städtenetzwerken wie Eurocities, C40, United Cities and Local Governments (UCLG), Metropolis usw. oder deren territorialem Äquivalent in den "45-Minuten-Regionen" gefördert wird; Reduzierung des Energieverbrauchs durch Neuordnung Arbeitszeiten und die Anpassung unseres Lebens an das Sonnenlicht; und und Gestaltung von Strategien, die natürliche und soziale Zeitnutzung berücksichtigen, um Störungen der natürlichen Umwelt zu minimieren;

in Anbetracht der Tatsache, dass neuere Forschungen in der Chronobiologie, Neuropsychologie und anderen verwandten Bereichen gesündere Zeitpläne mit erhöhter Produktivität und Lernfähigkeit sowie mit einer Neubewertung von Schlaf und Ruhe im öffentlichen Gesundheitswesen als Garantie für die körperliche und geistige Gesundheit der Bevölkerung in Verbindung bringen;

in der Erkenntnis, dass die Zeitpolitik ein wichtiges Instrument sein kann, um sich von den Folgen der COVID-19-Pandemie zu erholen und mit den von der [IAO beschriebenen zukünftigen Arbeitsszenarien umzugehen](#), zu denen Industrie 4.0, Automatisierung, Digitalisierung, IKT-gestützte mobile Arbeit und andere ähnliche Trends sowie die Definition menschenwürdiger Arbeitszeit gehören;

in der Erkenntnis, dass die Zeitpolitik Möglichkeiten bietet, die Gesundheit und das Wohlergehen aller Bürgerinnen und Bürger zu verbessern, die Gleichstellung zu erhöhen und die Produktivität auf verschiedenen Ebenen zu steigern, und dass diese Möglichkeiten in engem Zusammenhang mit den Zielen der Agenda 2030 der Vereinten Nationen, dem europäischen Grünen Deal und den europäischen Säulen sozialer Rechte stehen ^[1];

in der Erwägung, dass öffentliche Einrichtungen, soziale Akteure und die Zivilgesellschaft eine entscheidende Rolle bei der Festlegung und Umsetzung wirksamer Zeitpolitiken spielen, indem sie Erfahrung und Innovation vermitteln, indem sie Kampagnen fördern und die dringende Notwendigkeit eines sozial inklusiven Ansatzes auf der Grundlage des Rechts auf Zeit berücksichtigen;

in der Erkenntnis, dass die lokalen, metropolitanen und regionalen Einrichtungen, die Teil des 2008 in Barcelona gegründeten [Zeitnetzwerks "Local and Regional Governments Time Network"](#) sind, die wichtigsten öffentlichen Einrichtungen sind, die seit dem letzten Jahrhundert die Zeitpolitik fördern und umsetzen, dass sie jedoch mehr Unterstützung von anderen internationalen, europäischen und regionalen Einrichtungen benötigen;

in der Erwägung, dass in der [neuen Städteagenda der Vereinten Nationen und der Städteagenda der Europäischen Union](#) die Rolle und Bedeutung städtischer Gebiete als Akteure für eine nachhaltigere, gerechtere, grünere und gesündere Zukunft anerkannt werden, das Recht auf Zeit oder die Zeitpolitik jedoch nicht unmittelbar erwähnt werden,

in Anbetracht dessen, dass es derzeit viele Forschungsgruppen gibt, insbesondere die [International Association for Time Use Research \(IATUR\)](#), die seit 1978

wissenschaftliche Beweise für die wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und gesundheitlichen Auswirkungen unserer derzeitigen Zeitorganisation in der Gesellschaft liefert; sie muss jedoch verbessert und in wirksame öffentliche Politiken und Praktiken umgesetzt werden;

in der Erwägung, daß die Zeitverwendungserhebungen in ihrer neuen harmonisierten Welle in Europa und anderen regionalen Wellen wie in Lateinamerika eine erstklassige Gelegenheit bieten, die bisher angewandte Zeitpolitik zu analysieren und neue Zeitpolitiken zu entwickeln, die es ermöglichen, sich vorzustellen, wie die Gesellschaft die Zeit des täglichen Lebens organisiert und insbesondere ihre Derivate in Bezug auf bezahlte Zeit, unbezahlte Arbeit oder Pflege, Erholung und Freizeit;

in Anbetracht dessen, dass in dem Memorandum mit dem Titel "[Das Recht auf Zeit: ein dringendes Thema auf der europäischen Agenda](#)" (unterzeichnet im Juli 2020) die Notwendigkeit einer Zeitpolitik, insbesondere auf lokaler und regionaler Ebene, dargelegt und vereinbart wurde, dass eine Europäische Akademie der Zeitpolitik eingerichtet werden muss, die einen Raum für Reflexion sowie theoretischen Austausch und praktische Arbeit zur Zeitpolitik bietet; die Kontinuität dieser Debatten wurde in die Entwicklung mehrerer europäischer Projekte, wie z. B. des Time4All-Projekts, und in die verschiedenen Ausgaben der Time Use Week einbezogen;

unter Hinweis darauf, dass die Europäische Kommission im September 2018 einen Vorschlag vorgelegt hat, um die Sommer-Winter-Zeitumstellung in der gesamten EU zu beenden, so dass es den Mitgliedstaaten freisteht, über ihre Standardzeit zu entscheiden, und dass dieser Beschluss noch nicht getroffen wurde. [Das Europäische Parlament hat den Vorschlag der Europäischen Kommission im Jahr 2019 unterstützt, und der Vorschlag wartet derzeit auf eine EntschlieÙung des Europäischen Rates](#);

in der Erkenntnis, dass sich die International Alliance for Natural Time (IANT) [nach wissenschaftlichen Erkenntnissen](#) für eine permanente und weltweite Beobachtung der natürlichen Zeit einsetzt, die durch geografisch geeignete Zeitzonen entsprechend dem Sonnenlicht ermöglicht wird. Um die Debatte in Europa voranzubringen, schlug die IANT im Jahr 2022 einen spezifischen [Übergangsplan zur Umsetzung natürlicher Zeitpläne in der Europäischen Union vor](#).

in der Erkenntnis, dass sich die oben genannten Interessenträger verpflichtet haben, eine nachhaltige, gerechte und gesunde Nutzung der Zeit in ihren Zuständigkeitsbereichen zu fördern und den wirklich interdisziplinären und interinstitutionellen Ansatz voranzutreiben, um die Zeit und das Recht der Bürgerinnen und Bürger auf Zeit in den Mittelpunkt der internationalen und europäischen Politik in Bezug auf Gesundheit, Wohlbefinden, Gleichheit und Produktivität zu stellen.

In der Erwägung, dass die Erklärung von Barcelona zu Zeitpolitiken im Oktober 2021 in Barcelona von mehr als 80 Unterzeichnerorganisationen unterzeichnet wurde, die die öffentliche Verwaltung, die Forschungswelt und die sozialen und wirtschaftlichen Interessenträger vertreten, einschließlich der wichtigsten Organisationen, die sich für die Zeitpolitik einsetzen;

Wir kommen anlässlich der Time Use Week 2024 in Barcelona zusammen und bekräftigen die derzeitigen Verpflichtungen aus der Erklärung von Barcelona und verpflichten uns, an dem für den Zeitraum 2024-2026 festgelegten Aktionsplan zu arbeiten:

**MIT DER UNTERZEICHNUNG DER ERKLÄRUNG VON BARCELONA ZU ZEITPOLITIKEN,
VERPFLICHTEN WIR UNS IM RAHMEN UNSERER KOMPETENZ UND MÖGLICHKEITEN:**

1. Wir werden daran arbeiten, das Bewusstsein zu schärfen, eine Zeitpolitik zu entwickeln und umzusetzen, die zu einer gesünderen, gerechteren, produktiveren und nachhaltigeren Gesellschaft führt, die das Recht auf Zeit als Grundrecht aller Bürger garantiert und es gerecht verteilt.

2. Wir werden den Dialog fördern und mit allen relevanten Sektoren in jedem Bereich (einschließlich Behörden, wirtschaftlichen und sozialen Organisationen, der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft) bei der Formulierung, Umsetzung und Bewertung aller Politiken, Programme und Initiativen zusammenarbeiten und uns um Kohärenz zwischen ihnen bemühen.

3. Wir werden die interministerielle und sektorübergreifende Koordinierung auf internationaler, europäischer, nationaler, regionaler, kommunaler und gemeinschaftlicher Ebene fördern und uns dafür einsetzen, zeitpolitische Erwägungen in soziale, geschlechter-, wirtschafts- und umweltpolitische Politiken, Programme und Initiativen zu integrieren, einschließlich derjenigen im Zusammenhang mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs), dem europäischen Grünen Deal, der europäischen sozialen Säule und dem Prozess der "Zukunft Europas".

4. Wir werden uns an der Entwicklung des Arbeitsplans beteiligen, der für den entsprechenden Arbeitsumfang im Zeitraum 2024-2026 erstellt wurde, um einen politischen Konsens zu erzielen und Empfehlungen für eine globale zeitpolitische Agenda abzugeben und eine städtische Zeitagenda zu entwickeln.

5. Auf der Grundlage dieses Konsenses werden wir bestehende Richtlinien, Pläne und Vorschriften überprüfen und ändern, um die Empfehlungen der Zeitpolitik in allen verantwortlichen Institutionen und Organisationen umzusetzen.

6. Wir werden die Time Use Week als jährliche, internationale, interdisziplinäre und interinstitutionelle Veranstaltung fördern und unterstützen, um Zeitpolitiken zu fördern und Fortschritte in der Zeitpolitik und Forschung zu teilen.

7. Wir werden weiterhin zusammenarbeiten, um das Zeitnetzwerk der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften als dynamisches Netzwerk zu konsolidieren, um bewährte Verfahren im Bereich der lokalen und städtischen Zeitpolitik auszutauschen, Empfehlungen und wichtige Forderungen auszutauschen und die Sichtbarkeit der lokalen und regionalen Zeitpolitik und Politiknetzwerke zu verbessern.

8. Wir werden relevante Zeitverwendungsforschung aus allen Bereichen fördern, durchführen und teilen, um zu vorhandenem Wissen beizutragen. Aus diesem Grund werden wir weiterhin mit der IATUR (World Time Uses Research Association) zusammenarbeiten und eine stärkere Integration zwischen Forschung und Zeitpolitik finden.

9. Wir werden die Debatte zwischen der wissenschaftlichen Gemeinschaft und den verantwortlichen politischen Persönlichkeiten, die an der Beendigung der jahreszeitlich bedingten Zeitumstellung beteiligt sind, fördern und Gesundheit und Wohlbefinden als vorrangiges Kriterium für die Gewährleistung der individuellen Freiheit festlegen.

10. Wir ermutigen andere interessierte Parteien, sich dieser Erklärung anzuschließen.

ANHANG 1 – ARBEITSPLAN DER ERKLÄRUNG VON BARCELONA ZUR ZEITPOLITIK (2024-2026): Verpflichtungen und Vorteile einer Mitgliedschaft in der Erklärung von Barcelona zur Zeitpolitik^[2]

Der Arbeitsplan der Erklärung von Barcelona zur Zeitpolitik erarbeitet und gibt Empfehlungen für verschiedene Interessengruppen, die bei der Gestaltung der Zeitpolitik helfen können. Nach der vollständigen Umsetzung der im Aktionsplan 2022-2023 vorgesehenen Maßnahmen (siehe Anhang 2 für weitere Einzelheiten) zielt der neue Aktionsplan darauf ab, die Arbeit auf vier Aktionsbereiche auszuweiten, um das Interesse und die Vielfalt der Organisationen widerzuspiegeln, die sich für die Förderung der Zeitpolitik und des Rechts auf Zeit einsetzen.

Governance des Arbeitsplans:

Die [Time Use Initiative](#) wird als technisches Sekretariat der Erklärung fungieren, um die Einhaltung der Verpflichtungen sowie des vereinbarten Arbeitsplans für 2024-2026 zu erleichtern und zu überwachen.

Die unterzeichnenden Organisationen treffen sich mindestens einmal im Jahr, um sich über die Fortschritte und neuen Entwicklungen im Arbeitsplan auszutauschen.

Als Ergebnis der Erfahrungen mit dem vorangegangenen Arbeitsplan und um effizient und nützlich arbeiten zu können, werden je nach Art der Organisation vier Aktionsbereiche festgelegt: lokale und regionale Gebietskörperschaften; supranationale Organisationen; die Welt der Forschung; und soziales und produktives Gefüge. Die Mitgliedsorganisationen jedes Aktionsbereichs erhalten Vorteile für die Teilnahme und verpflichten sich gleichzeitig, bestimmte Aktionen zu entwickeln. Während des Arbeitsplans können je nach Bedarf neue Arbeitsgruppen oder Untergruppen erstellt werden. Unterzeichnerorganisationen können sich auf Wunsch für mehr als einen Arbeitsbereich anmelden.

Arbeitsumfang 1: Lokale und regionale Gebietskörperschaften

Um einen integrierten und koordinierten Ansatz für die zeitnahe Umsetzung der städtischen Dimension von Politik und Gesetzgebung zu erreichen, ist eine Koordinierung zwischen lokalen, metropolitanen oder überlokalen öffentlichen Verwaltungen erforderlich. Um spezifische Prioritäten in Bezug auf Empfehlungen zur Zeitznutzung zu setzen und die Lebensqualität, die individuelle und kollektive Gesundheit, die Produktivität des Produktionsgefüges und die Nachhaltigkeit des Planeten zu verbessern, verpflichten sich die genannten Institutionen zur Zusammenarbeit im Rahmen des Netzwerks der lokalen und regionalen Regierungen für die Zeitpolitik (Local and Regional Governments TIME Network), im Folgenden "Netzwerk" genannt.

Als Mitglieder des Netzwerks und Unterzeichner der Erklärung verpflichten sich die Einrichtungen, die sich für eine Zeitpolitik einsetzen, **zu Folgendem:**

- Teil des Netzwerks der lokalen und regionalen Regierungen zu sein und sich gegebenenfalls an den verschiedenen Austauschprogrammen bewährter Verfahren und der Generierung von Wissen zu beteiligen, um das Recht auf Zeit in ihren jeweiligen Aktionsbereichen festzulegen.
- Umsetzung von Zeitpolitiken in ihrem Tätigkeitsbereich, sei es durch Innovationen in der öffentlichen Politik oder die Reproduzierbarkeit anderer Erfahrungen.
- Entwicklung oder Konsolidierung der Figur des Time Chief Officer (des Zeitbeauftragten), die es ermöglicht, die Zeitorganisation in die Handlungen der Verwaltung einzubeziehen.
- Mindestens einmal im Jahr an den Sitzungen der Arbeitsgruppe zur Erklärung teilzunehmen. Soweit möglich, wird eine zeitliche Übereinstimmung mit der jährlichen Generalversammlung des Netzwerks angestrebt.

Als Mitglieder des Netzwerks und Unterzeichner der Erklärung können sich Institutionen, die die Zeitpolitik fördern, **für Folgendes entscheiden :**

- Ihre Kandidatur als [Welthauptstadt der Zeitpolitik](#) einzureichen. Diese Auszeichnung macht die eigene Zeitpolitik sichtbar und gibt die Möglichkeit, ein Jahr lang Bezugspunkt für das Netzwerk zu sein.
- An der Festlegung des Arbeitsplans des Netzwerks und der Themen für den Austausch bewährter Verfahren (lokale und regionale Zeitagenda) und an der jährlichen Generalversammlung des Netzwerks teilzunehmen.
- Online-Schulungen für Ihre Teams zu Zeitpolitik, Auswirkungen und Trends in Ihrem Einsatzbereich und der Rolle des Time Chief Officer zu erhalten.
- Trendanalysen zu erhalten, die sich aus neuen Daten aus den Zeitverwendungserhebungen ergeben.
- Teilnahme an internationalen Foren, in denen das Netzwerk vertreten ist.

Arbeitsbereich 2: Forschung

Damit die Zeitpolitik den spezifischen Anforderungen verschiedener menschlicher Gesellschaften gerecht werden kann, muss sie auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen.

Daher ist es notwendig, über einen theoretischen und empirischen Rahmen zu verfügen, um die Durchführung spezifischer Programme zu stützen und zu bewerten. Daher ist das Forschungsfeld der Zeitznutzung von grundlegender Bedeutung.

*Als Unterzeichner der Erklärung **verpflichten sich** Forschungseinrichtungen, die eine Zeitpolitik als Forschungsachse verfolgen, **zu** mindestens einer der folgenden Maßnahmen:*

- *Eine Person zu ernennen, die für die Zeitpolitik in Ihrer Organisation verantwortlich ist und sich mit dem Sekretariat der Erklärung abstimmt und mit ihm zusammenarbeitet.*
- *Entwicklung wissenschaftlicher Erkenntnisse für Zeitpolitik, entweder durch bereits erstellte Indikatoren, wie z. B. Zeitverwendungserhebungen, oder durch neue Indikatoren, die erstellt werden können.*
- *Die Auswirkungen der Zeitpolitik zu analysieren, um anwendbare Trends für die übrigen Arbeitsgruppen der Erklärung zu ermitteln. Zu diesem Zweck stellt das Sekretariat ihnen auf Anfrage die Kontaktinformationen zu den Mitgliedern der Erklärung und des Zeitnetzes der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zur Verfügung.*
- *Mindestens einmal im Jahr an den Sitzungen der Arbeitsgruppe der Erklärung teilzunehmen.*

*Als Unterzeichner der Erklärung können sich Organisationen, die sich der Forschung widmen und eine Zeitpolitik als Forschungsachse haben, **für Folgendes entscheiden:***

- *Ihre Forschungen und Ergebnisse in Bezug auf Zeitznutzung und Zeitpolitik unter den Unterzeichnerorganisationen der Erklärung zu verbreiten.*
- *Direkte Kontakte zu den Unterzeichnerorganisationen der Erklärung aufzunehmen, um neue Methoden zu definieren und die von ihnen angewandten öffentlichen Politiken zu bewerten.*
- *Zusammenarbeit mit Institutionen bei der Einrichtung von Forschungs- und Finanzierungslinien für die Zeitznutzungsforschung, die Analyse von Daten aus Zeitznutzungserhebungen und die Ergebnisse der öffentlichen Politik.*
- *Teilnahme an Projekten zur Definition von Methoden zur Ermittlung der Auswirkungen der Zeitznutzung oder von Zeitznutzungsindikatoren.*
- *Teilnahme an und Erhalt von Trendanalysen, die sich aus den neuen Daten aus den Zeitznutzungserhebungen ergeben.*
- *Beteiligung an Ausschreibungen für die Forschung und Finanzierung von Forschungsprojekten unter Verwendung von Zeit und Zeitpolitik.*
- *Teilnahme als Referent an einer Veranstaltung der „Time Use Week“ oder anderen Veranstaltungen zum Thema Zeitpolitik, die von der „Time Use Initiative“ oder dem „Local and Regional Government TIME Network“ organisiert werden.*

Arbeitsbereich 3: Soziale und wirtschaftliche Akteure

Die Zeitorganisation betrifft insbesondere die Privatsphäre und einen Großteil des Arbeitslebens der Menschen. Daher ist es unerlässlich, dass sich die sozialen und wirtschaftlichen Akteure für eine egalitärere, ausgewogenere und gesündere Organisation der Zeitnutzung in ihren Handlungsbereichen engagieren und mit den Netzwerken der Unternehmen und Organisationen zusammenarbeiten, die die wirtschaftlichen Akteure, Verwaltungen und Forschungseinrichtungen vertreten, die sich für eine neue Zeitorganisation einsetzen.

Als Unterzeichner der Erklärung verpflichten sich die Organisationen aus dem sozialen und produktiven Bereich, die sich mit Zeitpolitik befassen, **mindestens eine der folgenden Maßnahmen durchzuführen:**

- Einführung in die Debatte über das Recht auf Zeit und insbesondere die Zeitorganisation in ihren Handlungsbereichen und sektoralen Ableitungen (Arbeitszeit, Wartezeit, Mitverantwortung...).
- Sensibilisierungskampagnen zum Recht auf Zeit für ihre Handlungsbereiche zu verbreiten oder zu entwickeln.
- Analyse der Auswirkungen der Zeitpolitik, insbesondere unter Berücksichtigung der geschlechtsspezifischen Auswirkungen, um Trends zu ermitteln, die das zukünftige Handeln anderer Gruppen leiten.
- Koordination von Kampagnen und gemeinsamen Pilottests, insbesondere während der Time Use Week.
- Mindestens einmal im Jahr an den Sitzungen der Arbeitsgruppe zur Erklärung teilzunehmen.

Als Unterzeichner der Erklärung können Organisationen aus dem sozialen und wirtschaftlichen Sektor, die sich für eine Zeitpolitik einsetzen, **sich dafür entscheiden**

- Schulungen zur Förderung des Rechts auf Zeit in ihren Tätigkeitsbereichen zu erhalten.
- An der Entwicklung von Informationsmaterialien für Unternehmen und Arbeitnehmer über die Vorteile des Rechts auf Zeit und eine gerechtere und ausgewogenere Arbeitszeitgestaltung mitzuwirken und diese Materialien zu erhalten.
- Als Referent an der Time Use Week oder anderen Veranstaltungen zur Zeitpolitik teilzunehmen, die von der Time Use Initiative oder dem Local and Regional Government TIME Network organisiert werden.
- Bereitstellung von Referenzen für die Konsultation über zukünftige Rechtsvorschriften zur Zeitorganisation.

Arbeitsbereich 4: Supranationale Organisationen

Soziale Zeitorganisation ist ein Problem mit globalen Auswirkungen, und Zeitarmut existiert in verschiedenen Formen auf der ganzen Welt. In Europa leiden etwa 20 % der Bevölkerung darunter; in Lateinamerika erreicht dieser Prozentsatz je nach Land mehr als 50; In Asien ist

das Phänomen, das als "Karoshi" oder Tod durch Überarbeitung bekannt ist, eine extreme Folge langer Arbeitszeiten. Daher ist es notwendig, supranationale Organisationen von internationaler Reichweite in die Förderung der Zeitpolitik und des Rechts auf Zeit einzubeziehen.

Als Unterzeichner der Erklärung verpflichten sich supranationale Organisationen oder ihre Abteilungen, die an der Förderung der Zeitpolitik beteiligt sind, mindestens eine der folgenden Maßnahmen zu entwickeln:

- *Eine Person zu ernennen, die für die Zeitpolitik in Ihrer Organisation verantwortlich ist und sich mit dem Sekretariat der Erklärung abstimmt und mit ihm in Kontakt steht.*
- *Förderung von Programmen oder Empfehlungen, deren Kernstück das Recht auf Zeit ist.*
- *Förderung von Kampagnen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit über die Vorteile des Rechts auf Zeit und der Zeitpolitik.*
- *Gegebenenfalls ein Memorandum of Understanding ("Memorandum of Understanding") zwischen dem beteiligten Teil der Organisation und dem Sekretariat der Erklärung einzurichten.*

Als Unterzeichner der Erklärung können supranationale Organisationen oder ihre Abteilungen, die an der Förderung der Zeitpolitik beteiligt sind, beschließen, vom Sekretariat Folgendes zu erhalten:

- *Teilnahme an der Erstellung von Materialien und Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Vorteile des Rechts auf Zeit und Zeitpolitik.*
- *Online-Schulungen für Ihre Teams zu Zeitpolitik, Auswirkungen und Trends in Ihrem Tätigkeitsbereich sowie zur Rolle des Time Chief Officer zu erhalten.*
- *Als Referent an der Time Use Week oder anderen Veranstaltungen zur Zeitpolitik teilzunehmen, die von der Time Use Initiative oder dem TIME-Netzwerk der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften organisiert werden.*
- *Trendanalysen zu erhalten, die sich aus neuen Daten aus den Zeitnutzungserhebungen ergeben.*

ANHANG 2 – BEWERTUNG DES ARBEITSPLANS 2022-2023

Der Arbeitsplan der Erklärung von Barcelona für 2022 und 2023 verpflichtete sich zur Entwicklung einer Zeitpolitik und des Rechts auf Zeit in zwei Bereichen: auf städtischer und europäischer Ebene. Wie im Folgenden dargelegt, wurden die vorgeschlagenen Maßnahmen zufriedenstellend durchgeführt.

Einerseits wurde ein Großteil der Aufmerksamkeit auf die städtische Welt gerichtet, wobei sie als Schaffung eines Raums für den Dialog mit lokalen Gebietskörperschaften auf der Grundlage des Netzwerks Europäischer Städte im Laufe der Zeit verstanden wurde. Ab 2021 wurde das Netzwerk unter dem Namen "Globales Netzwerk der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften für Zeitpolitik" neu aufgelegt, das nicht nur Städte, sondern auch

städtische, überkommunale und regionale Einrichtungen umfasst, um die Vielfalt der Institutionen zu gewährleisten, die sich am stärksten für die Förderung der Zeitpolitik einsetzen, und das auch Mitgliedern aus der ganzen Welt offensteht.

Andererseits war der europäische Raum der wichtigste Aktionsrahmen, entweder um eine neue Zeitpolitik zu fördern und mit ihr zu experimentieren oder um gemeinsame Projekte der Institutionen zu konsolidieren, die die Erklärung unterzeichnet haben. Seit 2022 wird dieser Aktionsrahmen auf weitere außereuropäische geografische Räume, wie z. B. Lateinamerika, ausgeweitet.

Diese Bereiche haben es ermöglicht, die vier Hauptarbeitsbereiche zu entwickeln, die im Aktionsrahmen 2022-2024 festgelegt sind:

1. **Entwicklung einer städtischen Zeitagenda.** In diesem Zusammenhang wurden Fortschritte in folgenden Richtungen erzielt:
 1. **Mit der Erstellung lokaler und regionaler Zeitagenden** wurde auf lokaler und regionaler Ebene ein "Weißbuch zur Zeitpolitik" erstellt, das als Leitfaden für künftige Maßnahmen dienen wird. Es wurden vier Kapitel entwickelt, die verschiedene Dimensionen der Zeitpolitik untersuchen: 1) Lebensbalance ; 2) Mobilität, Nachhaltigkeit und Resilienz; 3) Partizipation und Demokratie; und 4) Nachtzeit-Governance.
 2. **Die Erweiterung der Mitgliedsinstitutionen des Netzwerks.** Sie ist von ursprünglich 16 auf derzeit 30 Gebietskörperschaften angewachsen.
 3. **Entwicklung eines Projekts zum Wissens- und Erfahrungsaustausch.** Um einen nachhaltigen Rahmen für den Austausch und die Schaffung von Wissen zu schaffen, wurde das Projekt Time4All entwickelt, das von der Europäischen Union kofinanziert wird.
 4. **Die Gründung der Welthauptstadt der Zeitpolitik.** Um das öffentliche Bewusstsein für die Zeitorganisation zu schärfen, die Sichtbarkeit und Nachhaltigkeit des Netzwerks zu fördern und die Zeitpolitik als Innovation in der Institution, die es beherbergt, zu fördern, wurde die Hauptstadt im Jahr 2021 gegründet. Seitdem gibt es drei Hauptstädte, das Weltzeitfahren: Barcelona (2022-2023), Bozen (2023-2024) und Straßburg (2024-2025).
2. **Untersuchung der Arbeitszeitgestaltung in der Arbeitswelt.** Im Oktober 2021 wurden das Feld der Arbeit und das Produktionsgefüge als Interessengebiet identifiziert, an dem gearbeitet werden soll. Seitdem wurden Vorschläge zum Thema menschenwürdige Arbeitszeit entwickelt. Konkret wurde ein Strategiepapier für eine ausgewogene Gestaltung menschenwürdiger Arbeitszeit auch auf internationaler Ebene erarbeitet, das auf der Time Use Week 2023 vorgestellt und von internationalen Expertinnen und Experten ausgearbeitet wurde. Bei der Erstellung dieses Dokuments stützten sie sich auf die Studie der Stiftung für ein Zeitnutzungsgesetz in Spanien (Initiative des Ministeriums für Arbeit und Zeitverwendung, 2023) und den Leitfaden zur Schaffung einer ausgewogenen Arbeitszeitregelung (ILO, 2019).

3. **Konsolidierung eines Vorschlags zur Abschaffung der saisonalen Veränderungen auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse.** Den Unterzeichnerorganisationen der ursprünglichen Erklärung war es wichtig, sich für die Abschaffung der saisonalen Zeitumstellung (Daylight Saving Time, auf Englisch) in Europa einzusetzen und so weit wie möglich natürliche Zeitzone zu respektieren. Damit diese Art von Entscheidung, die politischer Natur ist und in den Händen des Europäischen Rates liegt, wirksam werden kann, wurde im Jahr 2022 [ein konkreter Vorschlag ausgearbeitet, wie und warum sie umgesetzt werden soll](#). Im Jahr 2023 übten die Organisationen, die an dem Vorschlag arbeiteten, Druck aus, um den Vorschlag an die schwedische und spanische EU-Ratspräsidentschaft zu bringen, und es gelang ihnen, einen positiven Dialog mit den an [diesem Thema](#) beteiligten Abgeordneten aufzubauen.
4. **Entwicklung der Anerkennung des Rechts auf Zeit in seinen verschiedenen Bereichen.** Das Recht auf Zeit als neues Bürgerrecht für das 21. Jahrhundert betrifft vier Hauptbereiche des täglichen Lebens: Gesundheit, Gleichheit, Produktivität und Nachhaltigkeit. In der Erklärung wurde die Konsolidierung dieses Rechts angestrebt, und um es zu verwirklichen, konzentrierte sich die Time Use Week 2023 auf seine Entwicklung. Aufgrund der geführten Debatten wurde ein Strategiepapier [zum Recht auf Zeit](#) veröffentlicht.

Darüber hinaus wurden Fortschritte bei der Anerkennung des Rechts auf Zeit im Bereich der Gleichheit erzielt, insbesondere durch die Definition des Problems der Zeitarbeit und der Implikationen, dass mehr eigene Zeit für die Bürger von Vorteil sein kann, indem die Debatte direkt in das System der Vereinten Nationen (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, UNDP; Internationale Arbeitsorganisation, ILO; Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen, UN-Habitat; die Einheit der Vereinten Nationen für die Gleichstellung der Geschlechter und die "Women's Empowerment, UN-Women...") sowie in anderen regionalen Organisationen (Iberoamerikanisches Zentrum für strategische Entwicklung, CIDEU; Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik, CEPAL; Eurofound...).

[1] Die wichtigsten gesellschaftlichen Akteure haben bereits Schlüsselprioritäten vorgelegt, wie [z. B. BusinessEurope, der Europäische Gewerkschaftsbund \(CES\) oder das Europäische Zentrum für Unternehmen und Unternehmer](#).

[2] Dieser Aktionsrahmen sorgt für die Kontinuität des Rahmenwerks 2022-2023 und legt Leitprinzipien fest, die sich im Rahmen der gemeinsamen Diskussion in den Beratungsräumen der unterzeichnenden Organisationen weiterentwickeln können.